

# Basta!

Nr. 4 / November 2008

Basels starke Alternative

## Nein zu Willkür und Rechtsunsicherheit

Mutationen an:  
Postfach 225, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel

Basta! ergreift zusammen mit anderen Gruppierungen gegen den Wegweisungsartikel das Referendum. Wir sind überzeugt, dass dieser neue Gesetzesparagraph nicht mehr Sicherheit im öffentlichen Raum bringt, sondern im Gegenteil die Rechtsunsicherheit verstärkt.



Der Wegweisungsartikel erlaubt es der Polizei, Personen präventiv zu bestrafen, also bevor sie eine strafbare Handlung begangen haben. Stellen Sie sich vor, die Schiedsrichter im

Fussball hätten das Recht, einen Spieler vom Platz zu weisen, wenn sein Verhalten Anlass zur Vermutung gibt, er könnte nächstens ein grobes Foul begehen. Genau solche Entscheide mutet das Wegweisungs-gesetz den Polizistinnen und Polizisten zu. Sie können künftig eine Person für 72 Stunden wegweisen, wenn diese „durch ihr Verhalten die unmittelbare Gefahr einer gewalttätigen Auseinandersetzung schafft“ (Absatz 2 des Wegweisungsartikels). Der Willkür sind damit Tür und Tor geöffnet. Wie erkennt man eine gewaltbereite Person? Steht ihr die Gewaltbereitschaft auf der Stirn geschrieben? In der Praxis entscheidet die Polizei wohl aufgrund von Gesichtskontrollen und Vorurteilen.

Damit wären wir aber bei der sogenannten City-Pflege angelangt, wie sie etwa die Stadt Bern kennt, auch wenn die Befürworterinnen und Befürworter des Gesetzes dies vehement abstreiten. In einem emotionsgeladenen Votum machte FDP-Gross-

rats Markus Ritter in der Ratsdebatte deutlich, wes Geistes Kind der Wegweisungsartikel ist. Es brauche den Gesetzesparagraphen, um diese „Söiniggel“ (O-Ton Ritter) in die Schranken zu weisen. Die Bürgerlichen applaudierten.

Ein Antrag der SP, den oben zitierten zweiten Absatz des Wegweisungsartikels zu streichen und Wegweisungen nur zuzulassen, wenn eine Person „Dritte gefährdet oder mit einer ernsthaften Gefährdung droht“, fand im Rat keine Mehrheit. Dafür wurde das Gesetz auf Antrag von bürgerlicher Seite noch verschärft. In schwerwiegenden Fällen kann die Polizei eine Wegweisung bis zu einem Monat verfügen.

### Nein zur Vorspiegelung falscher Tatsachen

Die Befürworterinnen und Befürworter argumentieren, es brauche diesen Artikel zur Gewaltprävention. Ich halte diese Argumentation für absurd. Eine gewaltbereite Person wird nicht friedfertig nur weil sie von einem bestimmten Ort weggewiesen wurde. Von Gewaltprävention kann daher nicht die Rede sein. Vielmehr ist zu befürchten, dass eine weggewiesene Person erst recht Aggressionen anstaut, die sie dann andernorts rauslässt, wie in mindestens einem Fall an der letzten Herbstmesse geschehen.

## Los geht's!

Die Unterschriftensammlung läuft bereits auf Hochtouren. Bis spätestens 29. November müssen 2'000 beglaubigte Unterschriften eingereicht werden. **Wenn jede Empfängerin und jeder Empfänger des Bulletins zwei Unterschriften einsendet, wäre dieses Ziel bereits erreicht.** Diesem Bulletin liegt eine Unterschriftenkarte bei. Einfach unterschreiben und ohne zu frankieren in den nächsten Briefkasten werfen. Ich danke im Voraus allen, die sich für das Zustandekommen des Referendums einsetzen.

Dem Schutz potenzieller Gewaltopfer kann mit einem koordinierten Vorgehen der Polizeikräfte und Institutionen wie mobile Jugendarbeit oder Schwarzer Peter weit besser Rechnung getragen werden als mit Wegweisungen.

### Nein zur Abwälzung gesellschaftlicher Probleme auf die Staatsgewalt

In der ganzen Schweiz ist eine zunehmende Tendenz feststellbar, gesellschaftliche Probleme an die Staatsgewalt zu delegieren. Mit ausufernden Verboten wird etwa gegen Littering, Rauschtrinken der Jugend und Bettelerei vorgegangen. Der Wegweisungsartikel ist nur das jüngste

Fortsetzung Seite 2

# Heiss diskutiertes Obligatorium

Frühförderung

Noch selten hat eine Vernehmlassung in der BastA!-Koordination so intensive und kontroverse Diskussionen ausgelöst, wie das Projekt des Basler Erziehungsdepartementes (ED) mit dem Titel „mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten“. Drei zum Teil sehr unterschiedliche Stellungnahmen standen zur Debatte und die BastA!-Position musste am Ende sogar ausgemehrt werden.



Das ED beschreitet mit seinem Projekt neue Wege in der Frühförderung und möchte, dass Kinder, die keine oder nur wenig Deutschkenntnisse haben, dazu verpflichtet werden,

im Jahr vor dem Kindergarteneintritt an zwei Halbtagen pro Woche (6 Stunden) eine Spielgruppe oder ein Tagesheim mit integrierter Sprachförderung zu besuchen. Vorgeschlagen sind also ein Spezialangebot und ein selektives Obligatorium für benachteiligte Kinder. Mit diesem Projekt sollen die Chancen der Kinder, die besondere Förderung benötigen, vor dem Eintritt in den Kindergarten verbessert werden.

Die Tatsache, dass die Kinder schon mit sehr unterschiedlichen Startbedingungen in den Kindergarten eintreten, war in der BastA!-Diskussion unbestritten. Ebenso war allen klar, dass bestehende Benachteiligungen kaum vollständig aufgelöst werden können, ja dass sich die Ungleichheit der Chancen während der Schulzeit sogar eher vergrössert als verkleinert. Unter diesen Voraussetzungen war man sich einig, dass in Sachen Frühförderung Handlungsbedarf besteht. Heftig diskutiert wurden jedoch die konkreten Rahmenbedingungen der Frühförderung. Während sich die Einen davon überzeugt zeigten, dass es ein kompensatorisches Angebot braucht, damit die benachteiligten Kinder noch vor dem Kindergarten ihre Chancen vergrössern können, sprachen sich die Anderen grund-

sätzlich gegen jegliches Obligatorium aus und beurteilten ein selektives Obligatorium als paternalistische Anmassung des Staates gegenüber den MigrantInnen. Das Schreckgespenst der zwangsweise verordneten Deutschkurse für Dreijährige konnte auch nach intensiver Diskussion nicht vollständig vertrieben werden. Hier prallten Welten aufeinander.

In der am Schluss nötig gewordenen Abstimmung obsiegte die befürwortende Haltung zum selektiven Obligatorium. Wichtig ist dabei selbstverständlich, dass das Angebot als Privileg verstanden wird und nicht als zusätzliche Schikane für fremdsprachige und bildungsferne Familien. Ein weiterer Kritikpunkt am ED-Projekt wurde von allen geteilt: Mit dem Gratis-Angebot für diejenigen, die spezielle Sprachförderung benötigen, wird ein neues soziales Ungleichgewicht geschaffen. Aus diesem Grund sprach sich BastA! in der Vernehmlassung auch dafür aus, dass alle Familien, die das wünschen, ihre Kinder gratis in dieses Betreuungs- und Förderangebot schicken können.

Neben diesen grundsätzlichen Fragen wurden auch die Anzahl Förderstunden (genügen 6 Stunden pro Woche?) und das Selektionsverfahren (flächendeckendes Screening oder nicht?) kontrovers diskutiert. Bei Interesse kann die detaillierte Stellungnahme auf dem BastA!-Sekretariat bezogen werden.

Heidi Mück

## Nein zu Willkür (Fortsetzung)

Beispiel für diese Tendenz. Repressive Massnahmen sind aber wenig geeignet, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Ein sinnvollerer Ansatz wäre beispielsweise die Stärkung der professionellen Angebote im Bereich Jugend- und Gassenarbeit.

## Nein zu leichtfertigen Einschränkungen der Freiheitsrechte

Die Grundrechte schützen das Individuum vor Willkür durch die Staatsgewalt. Nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen dürfen Grundrechte laut Verfassung relativiert werden, etwa zum Schutz von Grundrechten Dritter. Diese Voraussetzungen sind im Falle der Wegweisungen nicht gegeben, wie oben dargelegt. Der Wegweisungsartikel enthält vielmehr derart schwammige Formulierungen, dass willkürliche und ungerechtfertigte Entschiede geradezu vorprogrammiert sind. Die Grundrechte sind ein kostbares Gut,

das wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen sollten.

## Ja zur Gewaltprävention

Zwar steigt die Zahl der gemeldeten Gewaltdelikte nicht dramatisch an, wie immer wieder kolportiert wird, sondern nimmt im Gegenteil eher ab. Aber die Brutalität nimmt offensichtlich zu. Diese Problematik muss ernst genommen werden, denn jedes Gewaltopfer ist eines zuviel.

Gewaltprävention setzt voraus, dass die Ursachen erforscht und erkannt werden. Erst dann können sinnvolle Präventionsmassnahmen in die Wege geleitet werden. Auch eine gute Integrations- und Bildungspolitik kann zur Gewaltprävention beitragen. Menschen, die gesellschaftlich gut integriert sind und eine berufliche Perspektive sehen, neigen vermutlich weniger dazu, Konflikte gewaltsam auszutragen. Der Gewaltproblematik aber mit Wegweisungen begegnen zu wollen, ist reine Augenwischerei.

Martin Flückiger

## Brigitta Gerber neue Präsidentin bei terre des hommes schweiz

Brigitta Gerber ist seit dem 1. 9. 2008 Präsidentin des Vereins terre des hommes schweiz. terre des hommes schweiz freut sich, mit Brigitta Gerber eine Nachfolgerin von Bruno Banholzer und Zeynep Yerdelen gefunden zu haben, die den Verein seit 2003 im Co-Präsidium führten, Banholzer wird Vize-Präsident. Mit Brigitta Gerber und dem neu formierten Vorstand feiert die Organisation terre des hommes schweiz 2010 ihr 50-jähriges Jubiläum. (Aus einer Medienmitteilung von terre des hommes schweiz)



Sibel Arslan

Leben  
vor  
Profit



Niemand  
muss  
arm sein



GRÜNES BÜNDNIS

Wir machen  
Basel fit

LISTE

8

Familie & Arbeit  
gehen zusammen



Rot-Grün  
bringts



Liebe Wählerin, lieber Wähler

Das Grüne Bündnis hat bei den Gesamterneuerungswahlen ein ausgezeichnetes Resultat erzielt. **Mit 13.8% Stimmenanteil sind wir hinter der SP (und vor der SVP) die zweitstärkste Gruppierung und stellen mit 13 Sitzen die drittgrösste Fraktion im verkleinerten Grossen Rat.** Im Wahlkreis Grossbasel West haben wir haarscharf einen 6. Sitz verpasst, und auch im Kleinbasel fehlte nicht viel für einen weiteren Sitzgewinn. Überraschend auch das klare Resultat bei den Regierungsratswahlen, wo bekanntlich alle vier rot-grünen KandidatInnen auf Anhieb gewählt wurden, Guy Morin mit dem zweitbesten Ergebnis.

**Das Resultat zeigt, dass es uns gelungen ist, mit einer gehaltvollen Kampagne und viel Engagement unsere Wählerschaft zu motivieren und neue WählerInnen zu überzeugen.** Das wird auch deutlich, wenn wir die absolute Zahl der Personen betrachten, die unsere Liste eingelegt haben. Trotz insgesamt deutlich geringerer Wahlbeteiligung haben in allen Wahlkreisen ausser in Riehen mehr Personen zu unserer Liste gegriffen als vor vier Jahren.

**Im Namen von Basta! danke ich allen, die mit ihrer Stimmabgabe und ihrem Einsatz zu diesem erfreulichen Ergebnis beigetragen haben.**

Wahlkampagnen kosten aber nicht nur viel Energie, sondern auch Geld. Rund Fr. 40 000.– hat Basta! an das Budget des Grünen Bündnisses beigesteuert. Für eine kleine Partei ist das ein grosser Betrag. Mit dem Referendum gegen den Wegweisungsartikel steht uns zudem eine weitere Kampagne bevor, die uns finanziell fordert. **Ich bitte Sie deshalb, Basta! mit einer Spende zu unterstützen.** Wir danken es Ihnen mit engagierter Politik für soziale Gerechtigkeit, für eine wohnliche Stadt und für einen sorgfältigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Sibel Arslan

PC 40-31244-5, Basta!, 4005 Basel

Basta!  
Postfach, 4005 Basel  
sekretariat@basta-bs.ch  
www.basta-bs.ch  
PC 40-31244-5

**Basta!**  
Basels starke Alternative



# Die Linke auf dem Prüfstand

Debatte Finanzkrise

Jetzt greift die „unsichtbare Hand“ des Marktes tief in die Taschen der Steuerzahlerinnen und -zahler: Eine Analyse der heutigen Krise und eine Skizze linker Alternativen.



Die heutige Krise ist nicht nur eine Finanzkrise. Sie hat verschiedene Aspekte: Angefangen hat sie als supprime-Krise, bzw. Immobilienkrise in den USA, parallel dazu schossen die

Erdölpreise und die Nahrungsmittelpreise in die Höhe. Die supprime-Krise führte zur Bankenkrise und dem Crash an den Aktienbörsen. Für die Lohnabhängigen unmittelbar am problematischsten ist das Abgleiten verschiedener Länder in eine Rezession. Weil sich diese verschiedenen Stränge der Krise wechselseitig verstärken, ist mit einer tiefen und länger andauernden Krise zu rechnen, die durchaus den Aspekt einer Systemkrise hat. Damit steht die Linke auf dem Prüfstand. Sie wird der Herausforderung nur gerecht, wenn sie radikale Antworten gibt und selber die Systemfrage stellt.

## Wie kam es zur Krise?

Auf dem Hintergrund der „klassischen“ Überakkumulationskrise der 70er-Jahre, der damit entstandenen Massenarbeitslosigkeit und der Schwächung der Gewerkschaften konnte in den 80er- und 90er-Jahren mit dem neoliberalen politischen Projekt ein neues Regime der kapitalistischen Entwicklung durchgesetzt werden.

Es ist erstens dadurch gekennzeichnet, dass mit der Krise des fordistischen Produktions- und Konsummodells die Steigerung der Ausbeutungsrate eine zunehmende Bedeutung gewann. Die wichtigen Elemente dabei sind die Lohnflexibilisierung, die Lohnrestriktion, die Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsintensivierung, der Abbau bei den Sozialleistungen, Steuererleichterung für Reiche und Angriffe auf die Gewerkschaften. Ziel ist eine Verlagerung von den Löhnen zu den Profiten und Gewinneinkommen. In den Ländern des Südens haben vorab die sogenannten „Strukturmassnahmen“ von IWF und Weltbank massiv zur Verarmung und zur Steigerung der Gewinnraten beigetragen.

Zweitens ist das neue Regime das Resultat der neoliberalen Umstrukturierungen, insbesondere des Abbaus aller Beschränkungen für den Handelsverkehr, die Investitionen, den Kapitaltransfer und den Devisenhandel. Diese Liberalisierungen erlauben eine Standortoptimierung, die weltwei-

te Suche nach den höchsten Profiten und die damit verbundene Standortkonkurrenz. Diese stellt wiederum eine optimale Möglichkeit dar, die Lohnrestriktion und die Disziplinierung der Gewerkschaften zu verstärken.

Und drittens hat die Krise des fordistischen Akkumulationsmodells insbesondere in den Ländern Osteuropas und des Südens das massiv verstärkt, was David Harvey die *Akkumulation durch Enteignung* nennt. Grosse Profite werden gemacht, indem sich die multinationalen Konzerne die Ressourcen in diesen Ländern aneignen: Dabei geht es um Land, Wasser, Bodenschätze, Pflanzen, Wissen u.a.m. Zur Akkumulation der Enteignung gehören auch die *Privatisierungen*, da hier kein Mehrwert geschaffen, sondern sich Mehrwert angeeignet wird, der von anderen geschaffen worden ist.

Mit diesen Massnahmen konnten die Profite auf das Niveau vor dem Trendbruch der 70er-Jahre gesteigert werden, es folgte aber keine entsprechende Steigerung der Akkumulations- und Investitionsrate. Die *Schere zwischen Profiten und Investitionen* ist ein grundlegendes Merkmal des heutigen Regimes. Die Profite werden nicht mehr in den realen Produktionsprozess investiert, sondern sie fließen in die Spekulation. Auf Grund des überschüssigen Kapitals wächst der Finanzsektor massiv an und alles scheint sich nur noch darum zu drehen, wie aus Geld mehr Geld gemacht werden kann, ohne dass überhaupt etwas gearbeitet oder investiert wird. Zudem wurde mit der Liberalisierung der Finanzmärkte und der wachsenden Bedeutung des Finanzbereichs die Wirtschaft destabilisiert. Es war schon immer die Rolle des Finanzkapitals, Aufschwünge anzukurbeln und Abschwünge zu beschleunigen und zu vertiefen. Als Finanzkapital kann es sich nicht völlig vom Realkapital lösen. Zweifellos haben aber neue Finanzinstrumente und die Deregulierung der Finanzmärkte die *Instabilitäten der wirtschaftlichen Entwicklung noch beträchtlich verstärkt*, wie sich das in den letzten Jahren gezeigt hat, z.B. in der „Tequila-Krise“ 1994/95 in Mexiko und in der sogenannten Asienkrise 1997/98.

## Die Krise des US-zentrierten Akkumulationsmodells

Während es lange gelungen ist, die Krisen auf die wirtschaftlich schwächeren

Länder des Südens abzuwälzen, ist dies in der heutigen Krise nicht mehr der Fall: Die Krise ist im Herz des Imperialismus, in den USA, angekommen. Diese haben in der Weltwirtschaft eine hegemoniale Stellung. Wichtigster Ausdruck der hegemonialen Stellung ist aber nicht mehr wie in der Zeit des klassischen Imperialismus und noch nach 1945 der Kapitalexport, sondern das wirtschaftliche Gewicht und der Dollar als Leitwährung. Damit vermögen die USA über ihre Verhältnisse zu leben. Das Leben auf Pump, der Überkonsum, die überdimensionierten Militärausgaben und die damit zusammenhängende Verschuldung werden ermöglicht durch die Zahlungsbilanzüberschüsse von EU-Ländern, Japans, Chinas und der erdölexportierenden Länder des Nahen Ostens. Nachdem die Krise der New Economy 2001/2002 durch die massiven Zinssenkungen Greenspans und den Afghanistan- und Irakkrieg nochmals rasch überwunden werden konnte, so scheint heute dieses Modell an ein Ende zu kommen. Weitere massive Zinssenkungen, eine weitere starke Abwertung des Dollars und eine zusätzliche Ausweitung der Verschuldung scheinen als Weg aus der Krise versperrt. Als einzige Möglichkeit bleibt der Kriegskeynesianismus, der Überfall auf ein weiteres Land, was aber mit Risiken verbunden ist und mittelfristig ökonomisch kontraproduktiv ist. Wie der Irakkrieg gezeigt hat, verwandeln sich kurzfristige ökonomische Vorteile solcher Raubzüge nach 4 – 5 Jahren ins Gegenteil.

Dass wir es heute mit einer Krise des US-zentrierten Akkumulationsmodells zu tun haben, weist darauf hin, dass die jetzige Wirtschaftskrise tief und lang anhaltend sein dürfte. China ist heute von den Exportmöglichkeiten in die USA abhängig und Länder wie Japan, die Philippinen, Malaysia, Südkorea und Australien sind wiederum abhängig von den hohen Wachstumsraten in China. Sicher hat die Krise des Modells auch Auswirkungen auf die europäischen Länder. Gerade die Schweiz mit ihrem überdimensionierten Finanzbereich und als Exportland wird wohl, wenn auch mit Verspätung, von der Krise hart getroffen werden. Mit den „Rettungsprogrammen“ ist ja die Schlacht eröffnet, welcher Finanzplatz am meisten Federn lassen muss: Ohne grosses demokratisches Federlesen greift hier die „unsichtbare Hand“ des Marktes zugunsten der Abzocker tief in die Taschen der Steuerzahler. Und für einmal kann die Schweiz von ihrer Drehscheibenfunktion kaum profitieren, sondern steht eher isoliert und abgeschlagen da.

## Drei Achsen einer Alternative

Sicher sind heute zwei Dinge: Erstens werden die Regierungen alles tun, um die Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen und damit die Vorrechte des Kapitals zu bewahren. Und zweitens wird die Konkur-

**Fortsetzung nächste Seite**

# Flexibles AHV-Alter – wir können gewinnen!

Abstimmung 30. November 08

Die Initiative „Für ein flexibles AHV-Alter“ hat am 30. November durchaus eine Chance. Auch Leute mit kleinen und mittleren Löhnen könnten endlich ab Alter 62 ihren Pensionierungszeitpunkt wählen, und dies ohne Rentenkürzung. Damit würde eine krasse Ungleichheit reduziert.



Je schwerer die Arbeit, umso schlechter ist der Gesundheitszustand und umso tiefer ist die Rente. Jene ArbeitnehmerInnen, die eine Frühpensionierung am dringendsten brauchen,

können sie sich heute nie und nimmer leisten. Die Statistik zeigt, dass dennoch längst nicht alle bis 64/65 arbeiten können: Mit 60 sind nur noch drei von vier Arbeitnehmenden erwerbstätig. Mit 64 nur noch jedeR zweite. Die Arbeitgeber fordern das AHV-Alter 67, selber praktizieren sie die Zwangsfrühpensionierung via Arbeitslosenkasse, IV und Sozialhilfe und produzieren Armut im Alter.

## Wichtig für die Frauen!

Die selbst gewählte Frühpensionierung ist heute das Privileg von gut ausgebildeten Männern mit hohen Löhnen und einem dicken Polster aus der Zweiten und Dritten Säule. Die grosse Mehrheit kann sich eine Frühpensionierung mit einer versicherungstechnischen Rentenkürzung von 6,8 Prozent pro Jahr nicht leisten. Gerade für Frauen, die fast 70 Prozent der schlecht

bezahlten Stellen besetzen und zu 60% Teilzeit arbeiten, liegt die Frühpensionierung nicht drin. Fast die Hälfte der Frauen arbeiten zu so kleinen Löhnen, dass sie keine Pensionskassenrente haben im Alter.

Die Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für das flexible AHV-Alter schafft hier Gerechtigkeit. Die Frühpensionierung wird ab 62 für alle frei wählbar. Die Erhöhung des Frauenrentenalters wird mit der finanzierten Frühpensionierung faktisch wieder aufgehoben. Die Initiative ist zudem einfach und bezahlbar. Kosten tut sie fast nichts: Der AHV-Beitrag muss von heute 4,2 auf 4,32 Lohnprozente erhöht werden. Das sind durchschnittlich 6.50 Franken pro ArbeitnehmerIn im Monat.

## Der AHV geht es gut!

Entgegen aller Schwarzmalerei der bürgerlichen SozialabbauerInnen geht es der AHV blendend. Es stimmt nicht, dass die steigende Lebenserwartung der AHV Probleme macht und man deshalb länger arbeiten muss. 1948, beim Start der AHV, brauchte es 9 Erwerbstätige, um eine Rente zu finanzieren. Heute genügen dafür 3,6 Erwerbstätige, weil die Löhne und die Produktivität gestiegen sind. Zwar hat der

AHV-Ausgleichsfonds, der die AHV speist, wenn sie höhere Ausgaben als Einnahmen hat, wegen der Börsenkrise 1,2 Mrd. Franken verloren. Das ist aber weit weniger als die Gewinne der letzten Jahre. Die Einnahmen überstiegen die Ausgaben im ersten Halbjahr 2008 um fast eine Milliarde Franken. Im Ausgleichsfonds liegen 40,6 Mrd. Franken, vier mal mehr, als der Bundesrat prognostiziert hat.

## Einsatz lohnt sich!

Das flexible Rentenalter ist ein uraltes Versprechen, das nie eingelöst wurde. Gegen die 11. AHV-Revision haben wir im 2004 das Referendum mit fast 70 Prozent Nein-Stimmen gewonnen, vor allem wegen der Erhöhung des Frauenrentenalters ohne sozialverträgliche Frühpensionierung. Bei der letzten Volksabstimmung für ein flexibles Rentenalter vor einigen Jahren haben bereits 46 Prozent Ja gesagt. In der Romandie und im Tessin war es sogar die Mehrheit. Wir haben also durchaus die Chance, dieses Mal zu gewinnen. Es lohnt sich auf jeden Fall, in den kommenden Wochen für die Initiative auf die Strasse zu gehen. Damit wir mit 62 auch ohne Managerlohn ein Leben nach der Erwerbsarbeit beginnen können.

Marianne Meyer

## Finanzkrise (Fortsetzung)

renz unter den einzelnen nationalen Volkswirtschaften zunehmen und die Stärkeren werden versuchen, die Krisenfolgen auf die Schwächeren abzuwälzen, insbesondere auf die Länder der Peripherie. Dies muss bei einer linken Antwort auf die Krise im Zentrum stehen, die entlang von drei Achsen entwickelt werden könnte:

Eine erste Achse beinhaltet die *Umverteilung des Reichtums* und Forderungen wie die Stärkung der Kaufkraft, existenzsichernde Löhne, Ausbau der Sozialversicherungen, Einbau der 2. Säule in die AHV und Ausbau des Umlageverfahrens, Besteuerung von Gewinneinkommen und Vermögen.

Eine zweite Achse betrifft die *demokratische Kontrolle des Kredits*, d.h. die Verstaatlichung der Grossbanken und deren Führung unter demokratischer Kontrolle, Bildung eines demokratisch kontrollierten öffentlichen Investitionsfonds zur Umlen-

kung der Gelder von der Spekulation zu gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Investitionen wie Investitionsprogramme gegen die Krise, Ausweitung des service public, Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau.

Eine dritte Achse beinhaltet Forderungen nach einer *Deglobalisierung*. Dazu gehören Kapitalverkehrskontrollen, Massnahmen zur Stabilisierung des Währungssystems und Massnahmen zur Stärkung der nationalstaatlichen ökonomischen Handlungsfähigkeit als Grundlage der Demokratie bei gleichzeitiger regionaler Integration, wie sie heute in Lateinamerika angestrebt wird. Wichtig ist auch der entschiedene Kampf gegen alle imperialistischen Interventionen und Kriege, insbesondere die Verhinderung einer neuen militärischen Intervention der USA im Iran als scheinbar „letzter“ Ausweg aus der Krise.

Hans Schöpfi

## Parolen zu den Abstimmungen

**NEIN** zur Volksinitiative „Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik - Mehr Wachstum für die Schweiz!“

**JA** zur Volksinitiative „Für ein flexibles AHV-Alter“

**JA** zur Volksinitiative „Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz“

**JA** zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz)

**Stimmfreigabe** zur Volksinitiative „Für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern“

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website unter [www.basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch)

# Sans-Papiers-Familien in Basel

## Vom Kampf für ein Bleiberecht



1.12.2005: Consuelo Martinez aus Ecuador ist in Biel-Benken (BL) unterwegs zur Arbeit. Seit mehreren Jahren arbeitet sie jede Woche für eine Familie. Sie reinigt die Wohnung,

wäscht und bügelt, hält den Haushalt im Schuss. Heute hat sie Pech: Sie wird von der Grenzwaache kontrolliert. Da sie keine Aufenthaltsbewilligung hat, wird sie verhaftet. Ihr Ehemann, Jorge Martinez, und die vier Töchter Vanessa, Lizeth, Andrea und Genesis, melden sich am nächsten Tag bei den Einwohnerdiensten BS, die Anlaufstelle für Sans-Papiers stellt ein Gesuch um eine Aufenthaltsbewilligung aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls. Consuelo wird wieder freigelassen.

4.12.2006: Divino Duarte aus Brasilien hat den ganzen Tag auf einer Baustelle in Basel gearbeitet. Unterwegs vom Arbeitsplatz zum Tram halten ihn zwei Polizisten in Zivil an und möchten seine Aufenthaltsbewilligung sehen. Da er keine hat, wird er auf den Polizeiposten gebracht und dort befragt. Er sagt die Wahrheit: Er lebt und arbeitet seit 13 Jahren in Basel, seine Frau Alice und Tochter Larissa seit 8 Jahren. Larissa besucht die Primarschule. Die Anlaufstelle für Sans-Papiers stellt auch für Familie Duarte ein Härtefallgesuch.

*Familie Martinez und Familie Duarte stammen nicht aus der EU. Und sind keine „ElitemigrantInnen“. Deshalb erhalten sie auch keine Aufenthaltsbewilligung, um hier zu arbeiten. Im Kanton Basel-Stadt leben mehrere Tausend Sans-Papiers. Sie leben oft seit Jahren hier und arbeiten in*

*den Sektoren, in denen SchweizerInnen, GrenzgängerInnen und europäische MigrantInnen immer weniger anzutreffen sind, da es sich um harte, unbeliebte und unterbezahlte Arbeit handelt. Alleine im Kanton Basel-Stadt „outsourcen“ private Haushalte wöchentlich über 100'000 Stunden Hausarbeit, meist an Frauen, oft an Sans-Papiers aus aussereuropäischen Ländern (s. Sektoranalyse der IGA von 2007: [www.sans-papiers.ch/site/index.php?id=135](http://www.sans-papiers.ch/site/index.php?id=135))*

Divino Duarte drückte es am 2. Marsch der Sans-Papiers vom 17.5.2008 folgendermassen aus: „Wir sind eine Klasse von ArbeiterInnen, die Steuern bezahlen würde, wenn sie frei arbeiten könnte. Die sogenannten Verbrechen von uns Sans-Papiers bestehen darin, die Häuser von Familien zu putzen und für Bauvorhaben des Landes eingesetzt zu werden. Ich selber bin ein Beispiel dafür. Ich war schon bei vielen wichtigen Bauprojekten als Arbeiter dabei: Lokomotiv-Depot 2000, Migros Bhf. SBB, Spital UPK, Flughafenstr., Euroairport, Fondation Beyeler, Allmendstr., Novartis-Campus, Dreirosenbrücke und viele mehr! Man kann vielleicht zehn Sans-Papiers ausschaffen, Tausende aber nie!“

Nach Einreichung des Härtefallgesuchs für Familie Martinez hören wir mehrere Monate nichts mehr. Dann, im April 2006 überstürzen sich die Ereignisse. Das PMD entscheidet, dass die Familie ausreisen und den Entscheid über das Gesuch in Ecuador abzuwarten hat. Angesichts der dramatischen Lage der Familie wird ein Kirchenasyl organisiert, um die Ausschaffung zu verhindern. Der öffentliche Druck wirkt: Der Basler Regierungsrat beschliesst, dem Bundesamt für Migration (BFM) ein Bewilligungsgesuch zu unterbreiten. Das BFM lehnt das Gesuch praktisch ohne Begrün-

### Einladung zum Benefiz-/Abschiedessen von Divino Duarte und Familie

**Wann:** Sonntag, 16. November 2008, ab 17h

**Wo:** Zwinglihaus, Gundeldingerstrasse 370, 4053 Basel

**Was:** Apéro ab 17 Uhr, brasilianisches Essen ab 18 Uhr, Dessertbuffet

**Preis:** Erwachsene CHF 30.- / Kinder gratis

**Anmeldung:** bis 11. November per e-mail an [basel@sans-papiers.ch](mailto:basel@sans-papiers.ch)/ per Post: Anlaufstelle für Sans-Papiers, Rebgrasse 1, 4058 Basel

dung ab. Es wird ein Rekurs eingereicht, eine zermürbende Wartezeit beginnt. Am 12. Sept. 2008 heisst das Bundesverwaltungsgericht den Rekurs gut. Familie Martinez kann in der Schweiz bleiben.

Ähnlich schwierig gestaltet sich die Lage bei Duartes. Das SID stellt im Februar 2007 ein Härtefallgesuch ans BFM. Dieses lehnt das Gesuch ab. Im Juli 2007 schreibt Regierungspräsidentin Eva Herzog im Namen des Gesamtregerungsrates einen Brief an Ex-Justizminister Blocher, in dem sie um eine Neubeurteilung und Bewilligungserteilung für die Familie bittet. Die Antwort fällt erneut negativ aus, ebenso das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 4. August 2008. Familie Duarte findet das Urteil extrem ungerecht. Dennoch akzeptiert sie es. Sie wird Ende November nach Brasilien zurückkehren und den Neuanfang wagen. Am Sonntag, 16. November ab 17 Uhr findet im Zwinglihaus ein Abschiedsfest statt (siehe Kästchen).

Was lernen wir aus den Geschichten dieser zwei Familien? Erstens: Widerstand lohnt sich. Familie Martinez kann bleiben, Familie Duarte hat ein Rückkehrprojekt erarbeitet. Langsam kommt bei ihnen sogar Freude auf, ihr Herkunftsland wieder zu sehen. Zweitens: Persönliche Solidarität mit Sans-Papiers und Illegalisierungen kann ganz schön anstrengend sein, ist aber auch bereichernd und ein hochpolitischer Akt. Drittens: In Einzelfällen können wir bei der aktuellen Regierung einiges erreichen. Weitergehende politische Vorschläge hat sie aber nicht zu Stande gebracht. Dazu braucht es mehr Druck von der Basis.

*Pierre-Alain Niklaus*

Weitere Informationen finden Sie auf der Website der Anlaufstelle für Sans-Papiers: [www.sans-papiers.ch](http://www.sans-papiers.ch)



Marsch der Sans-Papiers, im Vordergrund auch die Kinder der Familie Martinez



# Jugendkulturprozent-Initiative lanciert

junges grünes bündnis

Am 4. September hat das junge grüne bündnis eine Initiative zur Förderung der Jugendkultur (Jugendkulturprozent-Initiative) lanciert. Die kantonale Verfassungsinitiative beinhaltet zwei Kernpunkte: Einerseits will das junge grüne bündnis ein Jugendkulturprozent zur finanziellen Förderung der Jugendkultur einführen. Andererseits soll der Kanton genügend Raum für Jugendkultur zur Verfügung stellen.



Das jgb will mit dieser Initiative der Jugend mehr Raum geben, um sich kreativ entfalten zu können. Wir sind der Meinung, dass man Jungendlichen Möglichkeiten geben muss, zu

experimentieren, zu definieren und zu erforschen. Sie brauchen Perspektiven, um sich zu mündigen Erwachsenen mit Profil entwickeln zu können. Junge Menschen haben das Bedürfnis sich auszudrücken. Dazu brauchen sie Entscheidungsfreiheit und Raum zur Entfaltung. Mit dem neuen finanziellen Gefäss und dem Raum können sich die Jugendlichen dort Platz und Anerkennung schaffen, wo sie es für wichtig er-

achten. Die Jugendkultur bekommt damit auch im Gesamtbild der Kulturstadt Basel ein neues Gewicht.

Die Jugendkultur von heute ist die Basis für den Kulturreichtum von morgen. Jugendkultur ist Teil des Kulturbetriebs, hat aber auch spezifische Ausdrucksformen, die oft den bestehenden Rahmen bereits etablierter Kultur sprengen. Um zu zeigen welche verschiedenen Formen Jugendkultur annehmen kann, haben wir den Beginn der Unterschriftensammlung mit einem Strassenkultur-Event begleitet. Rund 12 Jugendliche haben sich und ihre Kunst in Form von Musik, Kurzfilmen oder Slampoeie vor dem Rathaus und in der Freien Strasse präsentiert.

Nun geht es darum, die 3000 nötigen Unterschriften zu sammeln und damit auf



Strassenkultur-Event anlässlich der Lancierung der Initiative

die Anliegen der Jugendkultur aufmerksam zu machen. Mit dem Jugendkulturprozent werden Selbstvertrauen, Engagement und Lebenslust gefördert und dafür macht sich das junge grüne bündnis stark.

Franca Mader



Am 30. November 2008

**Dr. iur. Elisabeth Braun**  
als Zivilgerichtspräsidentin

**Theres Degelo-Abächerli**  
als Zivilrichterin

Kompetent, engagiert und lösungsorientiert:

Beide Kandidatinnen verfügen über das fachliche Wissen und die Berufserfahrung. Und sie stehen mit beiden Beinen fest im Leben.

**Am 30. November geben wir**

**Elisabeth Braun und Theres Degelo-Abächerli unsere Stimme.**

Erstunterzeichnende: Prof. Dr. iur. Peter Aebersold; Prof. Dr. iur. Peter Albrecht; Thomas Baerlocher, Parteipräsident SP BS; Monika Bitterli, Anwältin, alt Verfassungspräsidentin; René Brügger, Advokat; Dr. iur. Eugen Fischer, alt Appellationsgerichtspräsident; Irène Fischer, Gemeinderätin Riehen; Marc Flickiger, Abteilungsleiter Justizdepartement; Elisabeth Freivogel, Advokatin; Katharina Giovannone, Statthalterin Strafgericht; Dr. Eva Herzog, Regierungspräsidentin; Dr. Carlo Knöpfel, Sozialwissenschaftler; Anita Lachenmeier, Nationalrätin; Prof. Dr. Ueli Mäder; Gabriella Matefi, Statthalterin Appellationsgericht; Guy Morin, Regierungsrat; Dr. theol. Xaver Pfister, Prof. Dr. Gian-Reto Plattner, alt Ständerat; Silvia Schenker, Nationalrätin; Hans Georg Signer; Prof. Dr. Jürg Stoelklin Parteipräsident Grüne BS; Dr. Stephan Wullschlegler, Gerichtspräsident; Kathrin Zehnder, Gerichtspräsidentin

Mitunterzeichnende: Elisabeth Ackermann Baumann, Grossrätin; Beatrice Alder, Grossrätin; Irene Anstutz, alt Verfassungsratspräsidentin; Sibel Arslan, Grossrätin; Mirjam Ballmer, Grossrätin; Gertrud Baud, Advokatin; Susanne Bertschi, Advokatin; Cornelia Birchmeier, Vizepräsidentin Grüne BS; Dr. iur. Peter Bohny, Advokat; Oliver Borer, Advokat; Claudia Brenner, Sozialarbeiterin; Martin Brunner, Leiter Schulpsychologischer Dienst BL; Christoph Brutschin, designierter Regierungsrat; Sarah Brutschin, Advokatin; Annemarie Burckhardt-Wackernagel, alt Grossrätin; Dr. med. Ruedi Burger-Hasler, Arzt; Ugur Camlibel, Grossrat; Eva Christ; Dr. iur. Michelle Cottier, Lehrbeauftragte Universität Basel; Eva Dietschy, Statthalterin Bürgergemeinderat; Dr. med. dent. Piero Dillena, Zahnarzt; Guido Ehrler, Advokat; Dr. iur. Urs Engler, alt Zivilgerichtspräsident; Dr. iur. René Ernst, Strafgerichtspräsident BS; Matthias Fahmi, Landschaftsarchitekt BSLA; Harald Friedl, Vizepräsident Grüne BS; Claudius Gelzer, Advokat; Antoinette Gelzer-Miescher, Bürgergemeinderätin, CMS Stiftungskommission; Dr. phil. Brigitta Gerber, Grossratspräsidentin 07/08; Andres Gerwig, alt Nationalrat; Dr. Diego Giovannone, Apotheker; Thomas Grossenbacher, Grossrat; Dr. rer. pol. Remo Gysin, alt Nationalrat; Doris Gysin, Grossrätin; Karin Häberli, Co-Leiterin Halt Gewalt, Grossrätin; Anita Heer, Grossrätin; Regula Hofer, ord. Richterin Sozialversicherungsgericht; Ernst Jost, Grossrat; Maria Jurkovic Löffler, ord. Richterin Zivilgericht; Christine Keller, Fraktionspräsidentin SP; Dr. rer. pol. Ralph Lewin, Regierungsrat; Walter Looser, Lehrer WBS; Roland Löttscher, Einwohnerrat Riehen; Gaby Mächler, alt Grossrätin; Michael Martig, Grossrat, Gemeinderat Riehen; Dr. iur. Jürg Meyer, Grossrat; Claudia Morselli, Sozialarbeiterin; Heidi Mück, Fraktionspräsidentin Grünes Bündnis; Loretta Müller, Grossrätin; Urs Müller, Grossrat; Jost Müller Vernier, Umweltschützer; Susanne Nese, Ersatzrichterin Strafgericht BS; Daniel Ordás, Advokat; Annemarie Pfister, Grossrätin; Markus Ritter, alt Grossrat; Eveline Rommers-Kirchen, Grossrätin, Parteisekretärin Grüne BS; Prof. Dr. Peter Schiess; Dr. iur. Jonas Schweighauser, Advokat; Susanne Signer, ehem. Grossrätin; Tanja Soland, Grossrätin; Dr. iur. Olivier Steiner, Appellationsrichter; Rudolf Tschumi-Moser, Straf- und Jugendrichter; Dr. iur. Jonas Peter Weber, Assistenzprofessor/Strafrichter; Dr. phil. Hans Peter Wessels, designierter Regierungsrat; Sabine Wöhler; Dr. phil. Michael Wüthrich, Grossrat; Ayse Nur Yildiz, IT-Support

# Gnadenlos gesund

## Satirische Kolumne

Nun stehen auch in Basel die Raucherinnen und Raucher bald draussen vor der Tür, also da, wo sie hingehören, diese rücksichtslosen Killer. Sollen sie doch schlottern im Winter. Als nächstes kommen die Übergewichtigen dran. Die dürfen künftig per Dekret in Beizen nur noch den Fitnesssteller bestellen. Vorbei die Zeiten, als man die Dicken noch als „gemütlich“ charakterisierte. Heute erkennt man sie als Belastung für die Wirtschaft, für die Gesellschaft, für das Gesundheitswesen. Sicher erinnern Sie sich noch an die lustige Plakatkampagne mit den übergrossen Davoser Schlitten. Und die ganz Dünnen werden demnächst zwangsernährt.

Adorno lag falsch mit der Behauptung: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“ Das Gegenteil ist der Fall. Wir dulden kein falsches Leben im richtigen! So macht Gesundheitspolitik Spass: Eindreschen auf alles vermeintlich oder tatsächlich Unge-

sunde. Die Menschen müssen zu ihrem Glück gezwungen werden. Die Jugend soll nicht saufen, sondern sich gefälligst fit trimmen für den Arbeitsmarkt. Die Seniorinnen und Senioren sollen nicht jassen, sondern turnen, turnen, turnen, und dann gesund sterben. Und wer da nicht mitmacht, zahlt plötzlich die doppelte Prämie für die Krankenkasse. Selber schuld! Die ungesunden Menschen sind einfach zu unflexibel. Wenn sie aus ihrer Krankheit eine Tugend gemacht hätten, wären sie schon längst Manager bei der UBS und hätten jetzt einen goldenen Fallschirm. Es dürfte doch nicht so schwer sein, die Sucht nach Tabak, Alkohol oder Schokolade in Profitgier umzuwandeln.

Ich plädiere entschieden für die Einführung objektiver Krankenkassenprämien: Jede Person wird bei ihrer Geburt genetisch getestet und ihrem Gesundheits- respektive Krankheitsrisiko entsprechend eingestuft. Diese Einstufung wird periodisch überprüft und angepasst. Je nach Risikoentwicklung variieren die Prämien. Also wer raucht oder kiffte oder trinkt oder zuviel oder zu wenig oder zu ungesund isst oder zu träge ist oder hyperaktiv, zahlt eine höhere Prämie. Ein Anreizmodell, das wesentlich zur Senkung der Gesundheitskosten und zur Stärkung der Eigenverantwortung beitragen könnte. Wir müssen uns endlich dazu durchringen, die Gesunden zu unterstützen, anstatt die Kranken zu hätscheln.

Ein Beispiel, aus dem Leben gegriffen. Eine übergewichtige Frau wird am Knie operiert. Sie erwartet – wie jeder vernünftige Mensch –, dass die Operation ihre Beschwerden lindert. Drei Monate nach der Operation sucht sie erneut den Arzt auf, da ihr Knie immer noch stark schmerzt. Der Arzt meint lakonisch: „Was erwarten Sie eigentlich – bei Ihrem Gewicht!“ Können Sie sich vorstellen, was das bei der betroffenen Frau ausgelöst hat? Nullkommaplötzlich wurde sie sich ihrer Eigenverantwortung bewusst!

„Survival of the Fittest“ nannte das Darwin, frei übersetzt: „Nur Gesunde überleben.“ Gesunde haben keine Schwächen, keine Sucht – nicht einmal Sehnsucht –, geschweige denn eine Leidenschaft, dafür ein Hobby, zum Beispiel Shoppen oder Biken, also mit diesen berggängigen Velos Wanderwege abspulen. Sie sehen nichts, sie hören nichts, aber sie grüssen freundlich und sind fit und gesund. So sieht der Mensch der Zukunft aus. Er ist absolut clean und massvoll in allen Dingen. Am Arbeitsplatz krampft er bis zum Umfallen, und seine Freizeit verbringt er aktiv: er biked und surfed und walked nordisch, immer im entsprechenden Outfit, kurbelt mit seinem Konsum die Wirtschaft an und ist freundlich. Man muss ihn einfach mögen.

Es ist an der Zeit, Gesundheit flächendeckend durchzusetzen und alles Kranke auszumerzen. Wer in einer kranken Gesellschaft selber krank wird, ist ein Weichei. Nur gnadenlos Gesunde werden diese Welt überleben.

Dr. Clean  
Präsident des Vereins „Schöne heile Welt“

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_.–  
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 061 691 16 31

## Veranstaltungen

### 3. Kolumbien-Kulturwoche Basel

Freitag, 14. November 2008

Öffentliche Marathon-Lesung aus „Cien años de Soledad“ (spanisch)  
15 - 03 Uhr. Lesesaal der allg. Lesegesellschaft, Münsterplatz 8

Mittwoch, 19. November 2008

Circo y Teatro Cappuccini aus Gali, Kolumbien  
Akrobatik, Zirkuszauber etc.  
19.30 Uhr, Pfarreisaal St. Joseph, Amerbachstr. 9

Sonntag, 16. November 2008

Matinée zum kolumbianischen Film „Barrio Pablo Escobar“ von Jan Gabriel (dt. UT)  
11 Uhr, Neues Kino, Klybeckstr. 247

Samstag, 22. November 2008

Fiesta Clombiana  
19 - 22 Uhr, Union, Klybeckstr. 95

Impressum: Nr. 4/November 2008. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Irene Amstutz, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel